

FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 13.01.2017

» FAHRPLAN KOHLEAUSSTIEG



DER GRÜNE WEG IN EINE KLIMAVERTRÄGLICHE UND FAIRE ENERGIEWELT

Die Klimakrise zwingt nicht nur Deutschland dazu, die Energieversorgung grundlegend neu aufzustellen. Klimabedingte Katastrophen wie Dürren, Überschwemmungen, Stürme und Hitzewellen nehmen weltweit zu – das drängt zum entschlossenen Handeln. Dies haben die Staaten der Erde im Pariser Klimaabkommen im Dezember 2015 bestätigt – und vereinbart, die globale Erhitzung auf deutlich unter zwei Grad verbindlich zu begrenzen. Deutschland selbst hat 2015 im Rahmen der G7 richtigerweise das Ziel einer kohlenstofffreien Wirtschaft, der Dekarbonisierung verankert.

Doch dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn Deutschland jetzt den Kohleausstieg einleitet. Alles andere ist Augenwischerei und gaukelt den betroffenen Regionen und den Menschen, die dort von oder mit der Kohle leben, etwas vor. Wir als grüne Bundestagsfraktion wollen mit einem schrittweisen, ökonomisch wie sozial verträglichen Kohleausstieg endlich Planungssicherheit schaffen.

Kohleausstieg geplant vollenden

Als grüne Bundestagsfraktion ist uns bewusst, dass der Kohleausstieg eine Zäsur ist. Denn die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gründete über Jahrzehnte darauf, heimische Stein- und Braunkohlevorräte zu nutzen. Sie waren der Garant für die Industrialisierung, die Elektrifizierung und den Aufbau einer leistungsfähigen Montanindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg. Bereits in den 1960er Jahren setzte jedoch ein stetiger Bedeutungsverlust der Steinkohle ein, nach der Wiedervereinigung Deutschlands auch der Braunkohle.

Damals wurde die Hälfte des Stroms aus Kohle gewonnen, je zu gleichen Teilen aus Braun- und Steinkohle. Heute sind immer noch rund 40 Prozent Kohlestrom im deutschen Netz. Politik und Wirtschaft sind sich jedoch einig, dass dieser Anteil weiter schrumpfen wird. Das Stromversorgungssystem wird künftig mehr Erneuerbare und vor allem Flexibilität erfordern. Die unflexiblen Kohlekraftwerke passen in diese neue Stromwelt nicht hinein. Daher ist auch energiewirtschaftlich der schrittweise Ausstieg aus der Kohleverstromung geboten.

In Deutschland hat sich der Abschied von der Kohlenutzung lange abgezeichnet: Von insgesamt rund 650.000 Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland zu Beginn der 1960er Jahre sank die Zahl auf heute noch knapp 30.000 im Stein- und Braunkohlebergbau. Durch die Beendigung des Steinkohlebergbaus Ende 2018 werden dann wohl nur noch rund 16.000 Arbeitskräfte in der Braunkohlewirtschaft beschäftigt sein. Wenn wir heute den endgültigen Abschied von der Kohle besiegeln, gilt es, den Beschäftigten und den betroffenen Regionen neue Entwicklungschancen zu eröffnen. Warten wir zu lange, verlieren wir wertvolle Zeit. Was das bedeutet, zeigt sich zum Beispiel in Teilen des Ruhrgebiets, das bis heute unter den Fehlern der Vergangenheit leidet.

Neue Perspektiven schaffen

Schon heute boomen Wind- und Sonnenenergie, setzen Städte weltweit auf umweltfreundliche Mobilität und werden Alternativen zu Verbrennungsmotoren und fossilen Kraftwerken eingesetzt; über 350.000 Menschen arbeiten im Bereich der erneuerbaren Energien. Das Pariser Klimaabkommen beflügelt diese Entwicklung. Davon können auch die heutigen Braunkohleregionen profitieren, vor allem dann, wenn wir den Strukturwandel aktiv unterstützen und die in den Regionen vorhandene

Innovationskraft nutzen. Im Rheinischen Braunkohlerevier haben sich längst neue Unternehmen außerhalb des Kohlesektors etabliert. Auch in der Lausitz haben sich Netzwerke gegründet, um eine wirtschaftliche Basis jenseits der Kohle vorzubereiten. Sie bieten Jobs für zehntausende Menschen. Diese Ansätze wollen wir gezielt fördern.

Doch auch für Deutschland und die Europäische Union insgesamt bietet der Klimaschutz riesige Chancen. Ein Selbstläufer ist er dennoch nicht. Im Gegenteil: In den USA droht der Klimaschutz unter der neuen Regierung unter die Räder zu kommen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union erscheinen außerstande, eine neue, ambitionierte Klima- und Energiepolitik auf den Weg zu bringen und so das Pariser Abkommen umzusetzen. Hier wird es entscheidend auf die Rolle Deutschlands ankommen. Der Pionier beim Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch beim Kohleausstieg Vorreiter sein und zeigen, dass eine Volkswirtschaft auf den klimaschädlichsten Energieträger verzichten kann.

Bislang agiert die Bundesregierung jedoch viel zu zögerlich. Zudem hat ihr Klimaschutzplan gezeigt, dass sie nicht einmal die nationalen Klimaschutzziele erreichen wird. Dies wird nur gelingen, wenn jetzt endlich der Kohleausstieg eingeleitet wird. Ansonsten wird Deutschland beim Pariser Klimaabkommen vertragsbrüchig und schwächt sich damit auf europäischer und globaler Ebene. Es braucht einen klaren Kohleausstiegsfahrplan, und es darf weder neue Tagebaue noch neue Kohlekraftwerke geben. Zudem müssen wir in den nächsten Jahren etwa 20 der schmutzigsten Kohlekraftwerksblöcke vom Netz nehmen, um das deutsche Klimaziel 2020 noch zu schaffen.

Die Kohlekraftwerke hingegen erst mal volle Kraft weiter laufen zu lassen, würde bedeuten, dass wir bereits 2025 unser verbleibendes CO₂-Budget für den Energiesektor mit Blick auf das im Pariser Klimavertrag verankerte Limit von 1,5 Grad maximaler Erderhitzung aufgebraucht hätten.

Die Zeichen stehen auf Grün

Wer intelligentere Technologien frühzeitig nutzt, neue Produkte entwickelt und seine Lebensweise so anpasst, dass die Atmosphäre nicht länger aufgeheizt wird, wird zum Vorreiter und Wegbereiter für die ökologische Modernisierung. Dieser Weg eröffnet neue Perspektiven – für Deutschland, für Europa und auch für die Kohleregionen. Deutschland sollte das wirtschaftliche, beschäftigungs- und klimapolitische Potenzial, das sich aus einem wachsenden Wettbewerb um saubere, grüne Technologien ergibt, mutig angreifen. Wir können das, wenn der Wille da ist.

Weltweit formiert sich zudem eine Bewegung, die erkannt hat, dass es höchste Zeit ist, nicht mehr in fossile Brennstoffe zu investieren. Denn aus Klimaschutzgründen muss der allergrößte Teil der Brennstoffreserven unter der Erde bleiben. Investitionen in die Kohle drohen daher künftig ihren Wert zu verlieren. In der Finanzwirtschaft zeichnet sich ein Trend zum sogenannten Divestment ab; dabei wird das Kapital aus dem Geschäft mit fossilen Brennstoffen abgezogen. Auch hier läuft die Zeit der Kohle ab.

Die Zeichen stehen auf Grün. Nach dem Kohleausstieg und dem Einstieg in die erneuerbaren Energien, wollen wir in Deutschland den nächsten Meilenstein auf dem Weg in eine vollständig erneuerbare Energieversorgung setzen:

Der Grüne Fahrplan Kohleausstieg

Die grüne Bundestagsfraktion legt einen konkreten und machbaren Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohle vor. Damit machen wir einen Vorschlag, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein Ende der Kohleverstromung innerhalb der nächsten 20 Jahre zu schaffen.

So wie es für unseren alten Atomausstieg 2000 einen gesellschaftlichen Konsens gab, so gibt es heute eine breite gesellschaftliche Mehrheit, die der Kohleverstromung kritisch gegenüber steht. Unser Fahrplan trägt dazu bei, diese Mehrheitsmeinung zu festigen und stößt die gesellschaftliche Verständigung über die notwendigen Schritte und Maßnahmen beim Ausstieg aus der Kohle an. Denn es gilt: je später Deutschland mit dem Ausstieg beginnt, umso schneller und mit mehr Brüchen müssen wir ihn dann umsetzen.

1. Dialog zum Kohleausstieg starten

Die Bundestagswahl 2017 wird auch eine Entscheidung darüber, ob Deutschland den klimapolitisch erforderlichen Strukturwandel im Energiesystem ernsthaft und entschieden voranbringen will oder weiter zaudert und auf Zeit spielt, ob sich Politik als gestalterische Kraft mit positiven Angeboten zeigt oder im gefährlichen Einfach-Weiter-So verweilt.

Mit uns Grünen im Bundestag gibt es eine klare Linie: Raus aus der Kohle, rein in die erneuerbare Stromwelt. Wir wollen in den nächsten Monaten die gesellschaftlichen Kräfte für ein Ende der Kohlenutzung zusammenführen und so die Voraussetzungen schaffen, um den Kohleausstieg verbindlich einzuleiten. Dabei werden wir Gewerkschaften, Industrie und Energiewirtschaft, Kommunen, Umweltverbände und andere gesellschaftliche Gruppen in breiter Runde einbeziehen.

Unser Ziel ist es, den Kohleausstieg jetzt verbindlich anzupacken. Denn Kohle

- ist schmutzig, denn sie ist die größte Quelle für CO₂, Quecksilber und andere Schadstoffe, zerstört ganze Landschaften und verdeckt die Gewässer;
- verhindert Zukunft, denn sie bremst die Energiewende aus und behindert Innovationen, Investitionen und Strukturwandel;
- kommt uns teuer zu stehen, denn sie verursacht unüberschaubare Umwelt-, Gesundheits- und Sanierungskosten und führt zu unberechenbaren Strukturbrüchen.

Der Kohleausstieg ist der nächste Schritt zur ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft. Er knüpft an die erfolgreiche grüne Politik bei Atomausstieg, Ökostromausbau und Wachstum des Ökolandbaus an. Projekte, die zunächst abgetan wurden mit den Vorurteilen „geht nicht“, „ist zu teuer“ und „ideologisch“. Heute erfahren diese grünen Erfolge eine breite gesellschaftliche Akzeptanz; sie haben ihr großes Innovations- und Wirtschaftspotenzial bewiesen und es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wann und Wie des Kohleausstiegs.

2. Kohleausstieg beschließen

Wir wollen einen Beschluss des Deutschen Bundestages herbeiführen, der den Ausstieg aus der Kohleverstromung verbindlich einleitet und umsetzt. Darin sind ein Verbot für die Errichtung neuer Kohlekraftwerke, der Ausstiegspfad und feste CO₂-Minderungsziele, Überwachungs- und Monitoringprozesse sowie die Haftung für Sanierung und Rekultivierung im Braunkohletagebau zu

klären. Auch die Grundlagen für den Stopp der Braunkohleförderung sowie Kompensationsleistungen für die betroffenen Braunkohleregionen sollen darin festgehalten werden.

3. Kommission Kohleausstieg einsetzen

Das Ausstiegskonzept wird in einem breiten gesellschaftlichen Dialogprozess begleitet, in dem die Kernelemente des Ausstiegs aus der Kohleverstromung diskutiert und konkretisiert werden. Als Begleitgremium des Ausstiegsprozesses wird eine pluralistisch zusammengesetzte „Kommission Kohleausstieg“ eingesetzt. Der Diskurs soll dazu dienen, jahrelange Grundsatzkonflikte zu vermeiden und stattdessen zu einer klaren und planungssicheren Zukunftsperspektive für alle Beteiligten zu kommen. Als Vorbild können die ebenfalls im breiten Konsens erzielten Ausstiege aus der Atomkraft und der Steinkohle sowie die Suche nach einem Endlager für Atommüll dienen.

4. Neue Tagebaue im Bundesberggesetz verbieten

Grundlage für den Ausstieg ist, dass keine neuen Tagebaue mehr erschlossen werden. Daher soll als Erstes im Bundesberggesetz ein Verbot eingeführt werden, neue Tagebaue zu erschließen. Ebenso sollen darin Enteignungen und Umsiedlungen gestoppt werden, etwa für die Tagebaue Welzow Süd II oder Garzweiler II. Zudem wird die schrittweise Beendigung der Braunkohleförderung geregelt.

5. CO₂-Budgets für fossile Kraftwerke einführen

Nächster Schritt ist es, etwa 20 besonders schmutzige Kohlekraftwerksblöcke sofort vom Netz zu nehmen, darunter die Altmeiler in Neurath, Niederaußem, Jänschwalde und Frimmersdorf. Für alle anderen wollen wir feste Leitplanken für die CO₂-Minderung vorgeben, damit auch diese Kohlekraftwerke Schritt für Schritt stillgelegt werden. Wir wollen dazu CO₂-Budgets für alle fossilen Kraftwerke festlegen. Als Einstiegswert soll ein Grenzwert dienen, der sich am CO₂-Jahresausstoß eines modernen Gaskraftwerks orientiert. Für Kraftwerke auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird statt des Budgets ein Gesamtnutzungsgrad des eingesetzten Brennstoffs von 75 Prozent vorgesehen. Die Budget-Obergrenze soll entsprechend der Klimaziele dynamisiert werden.

6. Umwelt- und Gesundheitsschutz durchsetzen

Die Privilegierungen der Kohleverstromung im Immissionsschutzrecht werden aufgehoben. Dazu wird das Immissionsschutzrecht novelliert, die Grenzwerte für Schadstoffe wie Stickoxide, Feinstaub und Schwermetalle verschärft und Ausnahmen abgeschafft. So wollen wir zum Beispiel unsere Grenzwerte für Quecksilber an die geltenden strengeren US-Grenzwerte anpassen.

7. Finanzierung der Folgekosten sichern

Um alle Rekultivierungs- und Nachfolgekosten finanziell abzusichern, die nach Beendigung des Braunkohletagebaus entstehen, werden die in den Braunkohleunternehmen dafür bestimmten Rückstellungen unter öffentlich-rechtliche Hoheit gestellt. Das Finanzvolumen wird auf Basis eines unabhängigen Gutachtens über die Kostenschätzung aller Rekultivierungs- und Nachfolgekosten festgelegt.

8. Strukturwandel gestalten

Der Kohleausstieg wird in den betroffenen Regionen einen gravierenden sozialen und ökonomischen Wandel mit sich bringen. Diesen Wandel gilt es aktiv zu gestalten. Wo erforderlich, sind neue wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern. Deshalb richten der Bund und die betroffenen Länder regionale Fonds ein, um den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren zu gestalten. Unser

Anspruch ist es, aus den Braunkohleregionen Modellregionen für den Kohleausstieg entstehen zu lassen. Denn weltweit gibt es hunderte Kohleregionen, die vor vergleichbaren Problemen stehen. Gelungene Beispiele für einen Strukturwandel können auch internationale Wirkung entfalten.

9. Emissionshandel in Gang bringen

Parallel zum nationalen Kohleausstieg gilt es, den europäischen Emissionshandel wieder wirksam zu machen. Dazu sind die bereits heute überschüssigen zwei Milliarden CO₂-Zertifikate sowie die durch den Kohleausstieg zusätzlich frei werdenden CO₂-Zertifikate vom Markt zu nehmen, um einen weiteren Preisverfall zu verhindern. Bis zur Umsetzung der Neuausrichtung des EU-Emissionshandels führt Deutschland, den Beispielen Frankreich und Großbritannien folgend, einen Mindestpreis für CO₂-Emissionen ein.

10. Wirtschafts- und sozialpolitische Absicherung

Wegen des wachsenden Anteils erneuerbar erzeugten Stroms ist davon auszugehen, dass die Börsenpreise für Strom auch im Falle eines Kohleausstiegs nur wenig steigen werden. Mittelfristig sollten dennoch Vorkehrungen getroffen werden, um gerade einkommensschwache Haushalte, aber auch die im harten internationalen Wettbewerb stehenden stromintensiven Betriebe vor Nachteilen ansteigender Stromkosten zu schützen. Dabei sind insbesondere Anreize zur Erhöhung der Energieeffizienz in Privathaushalten und Unternehmen zu schaffen. Für letztere sollen zudem neue Einkommensmöglichkeiten durch Lastmanagement geschaffen sowie die Möglichkeit der preisgünstigen Eigenstromversorgung auf Erneuerbaren- und KWK-Basis verbessert werden.